

# Rübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Rübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, bezogen durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Redaktion vierteljährlich 3.00, monatlich 1.20 RM.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 60 Hg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Hg., auswärtsige Anzeigen 60 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

## Amliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 62.

Freitag, den 14. März 1919.

26. Jahrg.

### Nationalversammlung.

Weimar, den 13. März.

Notes Bericht über Berlin.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Reichswehrminister Noske bezüglich der Berliner Vorgänge aus: Nachdem die Schlacht mit all ihren Schrecken eine Woche lang gelobt hat, kann der Aufstand als niedergeschlagen gelten. Nur noch in einzelnen Bezirken sei die Säuberungsaktion vorzunehmen. Es müsse versucht werden, die Entwaffnung soweit als möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu dem wahnwichtigen Kampf, zu Mord und Minderern kam, sei zum größten Teile auf das Schuldkonto einiger Blätter, voran die „Rote Fahne“ und die „Freiheit“, zu legen.

Der Abgeordnete Haase wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in einem Zwischenruf Noske als „unverschämten Gesellen“ bezeichnet hat.

Noske (fortfahrend): Monatslang haben diese Organe die Berliner Bevölkerung strupellos aufgereizt. Redner zitiert aus der „Rote Fahne“ vom 5. März Ausführungen, in denen er — Noske — behauptet wird, die Proletarier seien haushoch in Deutschland geschichtet zu haben, und wozu die Sozialdemokratie Deutschlands als Massenheute der deutschen Proletarier hingestellt wird.

Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion — mit erregter Stimme und wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlagend — alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeitsteile sich zu eigen macht. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständigen Menschen, aber wie bei allen großen Massenbewegungen, so halten sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unansehnliche Elemente in den Reihen der ehrlichen und besonnenen Arbeitererschaft. Diese Schlingen der Revolution haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt wurde, und auch, ehe ich nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Die Marine-Division hat das abgeleitete Abkommen gebrochen, indem sie zahlreiche Waffen an die Frontüberführung ausgab. Die Volksmarine-Division, die so unendlich viel Mühe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich gebente tief erschüttert der Männer, die in diesen Schredenstagen ihr Leben ließen. (Frau Sieg wird wegen des Zwischenrufes „Amokläufer“ zur Ordnung gerufen.) Fast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt und mit der Gewalt gezeugt. Die Behauptung, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich um Zurückziehung der Truppen ersucht, ist un-wahr. Schweren Herzens und in höchster Not habe ich am 9. März abends mich zu der Anordnung des Standrechtes entschlossen, aber ich durfte die Abkühlung von einzelnen Soldaten nicht weiterdauern lassen. Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normales Rechtsaufstand bald wieder antreten kann. Was geschah, veranlaßte ich nur dem Staat, dem Lande und dem Volke. Ich schenke das Urteil der Nationen nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Zwischen bei den Unabhängigen.)

Es folgt der Gesegentwurf über die russischen Zahlungsmittel. In der Debatte wendet sich der Abg. Haase (USP.) gegen das Gesetz, das eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetrepublik darstellt.

Finanzminister Schiffer: Der Rubel rollt in Deutschland, und zwar aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Vergiftungs- und Besetzungsgelder wenden.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrage der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht der Bestände an russischen Zahlungsmitteln angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über das Sozialisierungs-gesetz. § 1 wird nachdem ein Antrag der Unabhängigen, für den auch die Mehrheitssozialisten stimmen, mit 163 gegen 135 Stimmen abgelehnt worden war, in der Ausschlußfassung einstimmig angenommen.

Bei § 2 wird der Antrag Buer., der die Entschädigungs-pflicht befreitigt, mit 136 gegen 92 Stimmen angenommen, was im Haupte große Bewegung und Unruhe hervorruft. Es stellt sich schließlich heraus, daß ein Bund Stimmzettel nicht mitgezählt worden ist. Nach endgültiger Auszählung ist der Antrag mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. § 2 wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 246 gegen 53 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, ebenso unter Ablehnung aller Änderungsanträge der Rest des Gesetzes.

Es folgt die zweite Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes. Es liegen verschiedene Änderungsanträge vor. Außerdem beantragt die Kommission eine Entschlieung, wonach der Nationalversammlung mit möglicher Beschleunigung der Gesegentwurf über die Arbeiterräte vorgelegt werden soll.

Dr. Rieland (DDP): Im Reichskohlenrat müssen alle Reichsstelle herbeigeholt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das Ihre zu tun.

Graf Kolodowsky (DDP): Tausende von selbstständigen Gründern werden durch dieses Gesetz zu Agenten des Staates herabgewürdigt.

Um 1 Uhr wird die Beratung bis um 2 Uhr ausgesetzt. Nachmittags-sitzung.

Henke (USP): Das Gesetz enthält nur erbärmliche Surrrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. Wir lehnen es ab.

Dierohl (SD): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Dr. Cohn: Frechheit! Er wird zur Ordnung gerufen.) Die Bergarbeiter wissen aber sehr wohl, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Sie betrachten das Gesetz als eine Tappe zur Verstaatlichung des Bergbaus. Gatten die Herren der Rechten sehr Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt, so hätten sie sich viel Spartakismus erspart. Die Bergarbeiter wollen Leben sehen. Dieses Gesetz ist eine Lat.

Weslich (DDP): Das Gesetz ist für uns unannehmbar. Die Sachverständigen, die von der Kommission gehört sind, haben einmütig erklärt, daß das Gesetz vernünftig und nützlich für das ganze Gewerkschaftsleben sein wird. Wie die Preisfeststellung durch die Reichsregierung gedacht ist, darüber sagt die Vorlage nichts. Wir können nicht für das Gesetz stimmen, würden aber gern an einem Gesetze gegen die Auswüchse des Kohlenjudikats mitarbeiten.

Wirtschaftsminister Wille: Wir denken nicht daran, den Kleinhandel für Kohlen zu beseitigen. Bei der Zusammenlegung des Kohlenzates werden selbstverständlich die süddeutschen Interessen besonders berücksichtigt.

Zmhusch (Z): Das Gesetz entspricht in der Kommissionsfassung unseren Anschauungen. Die Großindustrie hat keinen Grund, sich über Vergewaltigung zu beklagen. Sie war immer rücksichtslos. Reider werden heute noch viele Bergarbeiter an der Arbeit behindert. Ich bitte die Regierung, rücksichtslos für Ordnung zu sorgen.

Koenen (USP): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Auch bei der jetzigen Zusammenlegung des Reichskohlenzates wird das Gesetz nur dazu führen, die Kohlenpreise weiter zu steigern. Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen und der Verantwortlichkeit sagen, daß die Mehrheitssozialisten einem solchen Gesetz zugestimmt haben.

Arbeitsminister Bauer: Um keine Agitationsargumente aus der Hand zu gehen, lehnen die Unabhängigen das Gesetz ab und gehen in alter Weise weiter.

Wallaum (DDP): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausführungsverordnungen einen Teil der schweren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden darauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes angenommen, ebenso die Entschlieung der Kommission über die Arbeiterräte.

Das Sozialisierungs-gesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort

Ministerpräsident Scheidemann: Botschaften zu Folge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Loslösung rheinischer Gebiete vom Reiche hinstrebt. Die Reichsregierung sieht darin einer durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorkhof gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich führenden deutschen Volkes. Die rheinische Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigenmächtigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen, ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der rheinischen Lande zum Reiche ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Eine Entschlieung, die von allen Parteien unterzeichnet ist und besagt: „Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Regierung, diese Erklärung allgemein bekanntzumachen“, wird einstimmig angenommen.

Präsident Fehrenbach schließt darauf die Sitzung mit einer Ansprache.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 25. März, 3 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

### Verfassunggebende Preussische Landesversammlung.

Berlin, 13. März 1919.

Am Ministertische: Sirch, Ernst, Fischbein, Heine, Hoff, Reinhardt.

Um 2 1/2 Uhr ergreift Ministerpräsident Sirch das Wort: Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Tagung vollzogen hat. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts ist das demokratischste aller Wahlrechte getreten. Mit ihm ist der Klassenstaat und die Klassenherrschaft zusammengebrochen, um Platz zu machen der Demokratie, der Herrschaft des Volkes im wahren Sinne des Wortes. Ihnen steht die gewaltige Aufgabe bevor, auf den Trümmern des alten Preussentums das neue Volkspreußen zu erbauen. Mögen Sie, getragen von dem Vertrauen des Volkes, bedroht durch verbrecherischen Terror auf der einen, durch reaktionäre Geleüste auf der anderen Seite den richtigen Weg finden. Die vorläufige Regierung unterwirft sich nach vier schweren Monaten der Ausföhrung mit ruhigem Gewissen dem Urteil des Volkes. Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichem Ehrgeiz, haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt die alten Machthaber Preußens mitverschuldet, die sich hartnäckig an längst überwundene ungangbare Voraussetzungen klammerten. Den traktlosen Händen der alten Machthaber entglitt das Staatsgelenk. So nahmen wir die herrenlose Staatsgewalt an uns, um das Chaos und die völlige Auflösung von Staat und Gesellschaft zu verhindern. Mit verzweifelter Kraftanstrengung haben wir gerungen, um aus der Tiefe des Zusammenbruchs unser Volk wieder herauszuheben an den Eingang zu einem neuen Aufstieg. Der Feind stand tief im preussischen Lande. Im Osten bedrohten Polen, Litauern und russische Bolschewistenhorden die Kornkammern unserer Industriezonen. Unter dem Druck des feindlichen Feindes wurden wir gezwungen, weite preussische Gebiete, darunter kernreiches Land, der Provinz Polen den Polen preiszugeben. Und im Innern unterdrückten wir die Streikbewegungen fast ohne Ausföhrung den Fortgang und Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. Die Gewalttätigkeit einer verbrecherischen Minderheit bedrohte die Sicherheit des Staates und seiner Organe. Wir sind nicht an den Abgrund reifer wirtschaftlichen Zusammenbruchs gelangt. Rettungslos führen wir in den Abgrund, wenn unser Volk sich nicht endlich

auf seine Pflicht zur Arbeit bekennt; hat es denn vergessen, daß es bis zum Ausbruch des Krieges das arbeitsfähigste, das tüchtigste und das leistungsfähigste Volk der Welt gewesen ist? Die Lage der Revolutionsregierung war niemals leicht. Nur Pflichtgefühl hielt uns im Dienst des Volkes am Blake. In klarer Erkenntnis dessen, was wir dem Lande und Volke schuldig waren, versuchten wir mit festem Selbstbewußtsein, wie wir in dieser unglücklichen, kampfburchwühlten Zeit den vollständigen Zusammenbruch zu verhindern konnten. Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag, wo diese Verantwortung von uns auf Sie, die frei gewählte Vertretung des ganzen Volkes übergegangen ist. Große Aufgaben stehen Ihnen bevor, in der inneren Verwaltung, im Verkehrs- und Steuerwesen, der Wohnungsfürsorge und der öffentlichen Gesundheitspflege, im Unterrichts- und Erziehungswesen. Wir kennen keinen preussischen Partikularismus. Preußen ist berett, aufzugehen im Reiche, dem deutschen Einheitsstaat. Aber denkbar ungünstigste Weg zum deutschen Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preußens in lebensunfähige Amerikarepubliken. Gefährlich war für Deutschland nur das alte Preußen des Junkertums und der Reaktionäre. Das neue Preußen des freien Volkert soll ein Segen sein für das gesamte deutsche Vaterland. Unseren allestaatlischen Befugnissen bringen wir gern und freudig jedes Opfer im Interesse der Reichseinheit. Je früher und vollständiger der neue Preußenstaat alle wirkenden Kräfte des Preußenvolkes umfaßt und darstellt, desto gesicherter wird er gegen die Losreisungs- und Trennungsgelüste sein. Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Mit dem Gesetz der Freiheit, der Ordnung und Arbeit soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Z.) übernimmt als ältestes Mitglied der Versammlung den Vorsitz und hält eine längere Ansprache, in der er zum Schluß sagt: Möge es der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung gelingen, ihr Werk zum Segen des Volkes des Landes, sowie des deutschen Reiches zum Abschluß zu bringen. Der Präsident berief sodann die vorläufigen Schriftführer und stellte die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, da bereits 340 Mitglieder angemeldet sind.

Ohne Erörterung stimmte das Haus dem Antrage auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsordnung zu.

Abg. Adolf Hoffmann (USP.) beantragt, einen lo-ber von ihm eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Standrechtes und des Belagerungszustandes in Groß-Berlin als 1. Punkt auf die morgige Tagesordnung zu legen.

Es entspringt sich eine zum Teil sehr hitzige Geschäftsordnungsauseinandersetzung, an der sich Mitglieder aller Parteien beteiligen.

Das Ergebnis ist, daß der Antrag Hoffmann den dritter Gegenstand der morgigen Tagesordnung bildet und die vorläufige Verfassung den vierten Gegenstand.

### Die Bewegung im Reich.

Zur Lage in Berlin.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division durchsuchte die nach ihr neu besetzten Stadteile. Die Hausdurchsuchung förderte wieder eine große Anzahl Waffen zutage. So wurden beispielsweise in einer Gastwirtschaft in Reuterstraße 25 Karabiner und zahlreiche Munition gefunden. In Lichterfelde wurde Julian Borhardt, der Herausgeber der kommunistischen Zeitschrift „Städtetrassen“ festgenommen. Die Regierungstruppen haben wieder Verluste zu beklagen; so allein bei einer Abteilung durch Tausenden 3 Offiziere und 7 Mann.

Am Mittwoch abend fanden in Berlin eine Anzahl Zahl-abende der sozialdemokratischen Partei statt, die wegen des Belagerungszustandes angemeldet und genehmigt waren. Trotzdem erschienen in eini-chen dieser Versammlungen Regierungstruppen und stellten die Vorhindernden wegen der Be-rechtigung zur Abhaltung der Versammlungen zur Rede. Es riefen auch sonstige Störungen hervor. An manchen Stellen erklärten sie, sie wollten nach Spartakisten suchen oder sich vergewissern, ob die Zusammenkünfte nicht spartakistischer Natur seien. Einige dieser Versammlungen haben in scharfen Telegrammen an die Regierung gegen dieses Vorgehen protestiert.

Die durch das Kommando der Schützmannschaft und durch die Garde-Kavallerie-Kavallerie-Division auf Grund von Zeugen-Aussagen amtlich gemeldete Erschießung sämtlicher Beamten der Lichterfelder Polizei-Präsidiums stellt sich jetzt als weit übertrieben heraus. Nachdem die Regierungstruppen in Lichterfelde eingerückt sind, sind die meisten der tot geglaubten Beamten wieder auf ihrem Posten erschienen. Bisher ist nur festgestellt, daß fünf oder sechs Polizeibeamte den Tod gefunden haben, ferner daß von der Besatzung des Lichterfelder Polizeiamts sechs bis sieben Soldaten erschossen worden sind, und zwar, wie es bis jetzt heißt, nicht im Kampf.

(Gegenüber dieser Feststellung scheint es dringend geboten sich den Lichterfelder Polizeipräsidenten zu kaufen, der bekanntlich die Sensationsmeldung loszulegen als eidesstattliche Versicherung der „Z. am Mittag“ übergab.)

Im Leichenhause liegen 186 Leichen, im Krankenhaus am Friedrichshain 115, im Urban-Krankenhaus 30, auch in den beiden Garnison-Lazaretten liegt eine größere Anzahl Leichen.

Oberstleuten.  
Die „Vossische“ meldet, daß der frühere Volksbeauftragte Barth vom Generalkommando in Oberhessen ausgemietet wurde. Öffentliche Versammlungen der Unabhängigen in Kantonisch und Oppeln wurden verboten, ebenso Versammlungen von Arbeiterausföhrer- und Vertrauensleute der ober-schlesischen Gruben verlangen die Entsetzung von Betriebsräten nach Wiederaufnahme der Arbeit, die am Freitag erfolgen soll. Sie legen das Geldnis ab, mit allen geschlichen Mitteln dafür zu wirken, daß in absehbarer Zeit in Gemeinschaft mit der gesamten deutschen Arbeitererschaft der Kampf wieder aufgenommen wird, um die am 9. November begonnene Revolution weiterzutragen und zur sozialen Revolution zu gestalten.



Im Ruhrrevier...

und zwar in Sterkrade, verlangen die Bergleute unter Androhung des Streiks sofortige Einführung der sechsstündigen Arbeitstages...

Die Münchener Unabhängigen

haben die kaum beschlossene Einigung durchbrochen, indem sie sich in einer öffentlichen Kundgebung gegen die parlamentarische Demokratie und für die Diktatur des Proletariats durch das Rätesystem aussprechen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vertagung des zweiten Rätekongresses.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik richtet folgende Bekanntmachung an alle Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands:

Die schwierigen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in der ganzen Republik, die Streiks der letzten Zeit und die damit verbundenen politischen Schwierigkeiten machen es einem Teil der deutschen Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte unmöglich, die für den Kongress angeordneten Versammlungen bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkte durchzuführen.

Die in den Richtlinien des Zentralrates vorgesehene Wahltermine erfahren demgemäß die entsprechende Verschiebung.

Belagerungszustand in der Provinz Sachsen?

Der Hamburger Korrespondent meldet: Angesichts der Tatsache, dass inaktive Soldaten ihre Tätigkeit auf ländliche Orte ausdehnen, und dort noch zahlreich verborgene Waffen heuern haben, hat General Maerker den Belagerungszustand auf einen Teil der Provinz Sachsen ausgedehnt.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar

erhielten die Mehrheitssozialisten 18 Sitze, die Unabhängigen 3 Sitze, die deutschnationale und die deutsche Volkspartei (verbundene Listen) zusammen 11 und die deutschnationalistische und christliche Volkspartei zusammen 10 Sitze.

Der Zentralrat zur politischen Lage.

Der Zentralrat beschäftigte sich in verschiedenen Sitzungen mit der politischen Lage und fasste den Beschluß, der Reichsregierung in einer Besprechung das ihm ständig zugehende zahlreiche Material vorzutragen, das deutlich die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände darlegt.

Weinwucher mit Heeresbeständen.

Die großen Heeresbestände an Wein sollen durch die Weinhandelsgesellschaft am freien Verkauf zugänglich gemacht werden. Das erfolgt in der Weise, daß Mindestmengen von 200 Hektolitern oder 10 000 Flaschen zu Preisen abgelegt werden, die nach Begutachtung durch Sachverständige vom Reichsverwertungsamt festgesetzt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, traf aus Warschau ein französisch-polnisches Offizierskommission unter Führung des französischen Oberleutnants im Generalstab, Marschall, ein, um die Kondition der polnischen Truppen in Danzig vorzubereiten.

In alle neutralen Nationen Europas, Asiens und Südamerikas ist seitens der Friedenskonferenz eine Einladung ergangen, an der in Paris am 20. März stattfindenden privaten, nicht offiziellen Konferenz teilzunehmen und ihre Ansichten über den Völkerbund darzulegen.

Oesterreich.

Zusammenkunft mit Deutschland. In der Nationalversammlung gab Staatssekretär Dr. Bauer den Bericht über die Weimarer Besprechungen, die über den Anschluß Österreichs gepflogen wurden.

Belgien.

Die Revolutionsgerichte, die über Belgien verurteilt wurden, entsaperten sich als eine Ueberreizung der schweizerischen spanischen Presse. Es sollen nur in Lüttich und Charleroi Strafbefehle stattgefunden haben, denen politische Bedeutung nicht beigegeben wird.

Rußland.

Kommunistenkongress. In Moskau wurde am 4. März ein Kommunistenkongress der dritten Internationalen eröffnet. Es nahmen die Vertreter der russischen, deutschen, österreichischen, ungarischen, tschechischen, polnischen, finnischen, ukrainischen, estnischen und armenischen Partei, der schwedischen linken sozialdemokratischen, norwegischen, schweizerischen sozialdemokratischen Partei, amerikanischer sozialistischer Arbeiterpartei, des Balkanbundes und der revolutionären Sozialdemokratie teil.

Die russische Kommunistenpartei wird durch Lenin, Trotski, Sinowjew, Stalin, Bucharin, Michailow, Obolenski, Worowski vertreten. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Programm der kommunistischen Internationale, 2. bürgerliche Demokratie, Diktatur des Proletariats, 3. Stellung zu den sozialistischen Strömungen zur Berner Konferenz, 4. internationale Lage, Politik der Alliierten, 5. Wahl des Vorstandes usw.

Aus der Nationalversammlung.

Das Kohlenwirtschaftsgesetz im Ausschuss angenommen.

Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung hat das Kohlenwirtschaftsgesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei angenommen. Gleichfalls angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung zur baldigsten Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Tätigkeit der Betriebsräte, Betriebsarbeiterräte und eines Reichsarbeitsrats aufzufordern.

In unsere Leser!

Die mit dem 1. Januar 1919 eingetretenen bedeutenden Erhöhungen der Leseerzeugnisse für Buchdruckerschafften haben zu einer 40prozentigen Erhöhung aller Druckkosten geführt. Diese Erhöhung der Buchdrucker- und der Angehörigen, sowie die erneute erhebliche Steigerung der Preise des Papiers und aller Materialien haben die Verlage aller Tageszeitungen in Lebensnot versetzt.

Am 1. April ab wird demnach der Preis für den „Lübeker Volksboten“ vierteljährlich 3,50 Mark monatlich 1,30 Mark.

Wir hoffen, daß die Bezahler unseres Blattes die durch die Zeitverhältnisse erbotene Erhöhung des Bezugspreises als notwendig und notwendig und auch weiterhin Leser unseres Blattes bleiben werden.

Lübeck, im März 1919. Druckkommission und Verlag des „Lübeker Volksboten“.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Um Lübeds Zukunft.

Im Auftrag des Senates ist von der Lübecker Handelskammer eine Denkschrift verfaßt worden, die sich mit dem Fortbestehen Lübeds als selbständiger Staat beschäftigt. Sie trägt den Titel „Lübeck im neuen Reich“. Nachdem die Revolution Deutschland die von weiten Kreisen gewünschte einheitliche Republik nicht gebracht hat, sondern seine Eileberung in Freistaaten durch die Nationalversammlung beschlossen worden ist, wird man es verstehen, wenn ein Staatswesen wie Lübeck, das auf eine vierhundertjährige große Geschichte zurückblicken kann, bestrebt ist, seine Selbständigkeit zu erhalten und sich auszuweisen.

des Elbe-Trave-Kanals in der großen Hauptsache aus eigenen Mitteln schaffen müssen und hat trotzdem eine beschlossene Gleichstellung der konkurrierenden Verkehrsbeziehungen zur Ostsee nicht erreicht. Dicht vor dem Kriege lief Lübeck endlich die Gefahr, daß die damalige Leitung des preussischen Verkehrsministeriums, statt entschlossen für den Plan der zugleich mit der Hansestädten von dem ganzen deutschen Westen geforderten Seemannsbahn einzutreten, unter behauerlicher Nichtbeachtung von Lübeds Stellung zum Nordostsee eine verkehrswirtschaftlich unbefriedigende Lösung wie der Rieker Linie zustrebt.

Der Gefangene.

Nun sind schon Monate seit den Waffenstillstandsverhandlungen vergangen und er ist noch immer nicht heimgekehrt. Die Nachrichten von ihm fließen so überaus spärlich. Und doch hatte sie sich so unglücklich darauf gefreut, ihn nun bald wieder zuhause zu sehen! Kamentlich die Kinder wollten keine Ruhe geben.

Die Waffenstillstandsverhandlungen gingen ihren Gang. Zu dem Herbst war Winter, aus dem Winter Frühling geworden. Es wurde viel hin und her gesprochen, aber die Gefangenen blieben, wo sie waren. Nun war der Krieg vorüber und mit ihm die Angst um das Ergehen der an der Front Stehenden.

Das Präsidium des neuen Bürgerausschusses wurde Mittwoch abend zwischen den Fraktionen getroffen. Die Besprechungen folgendermaßen gemahlt: Komul Dimpfer (Dem.) Wortführer, Genosse B. Hoff erster Stellvertreter, Kaufmann G. Reimpell (D. Nat.) zweiter Stellvertreter.

Reichliche Mühlenfabrikate. Es ist anzunehmen, so berichtet uns der Landesverband für die Provinz Lübeck, daß das Reich die Mühlenförderung in nächster Zeit reichlicher mit Mühlenfabrikaten inselondere mit Halernährmitteln versorgen wird.

Bericht der Kommission zur Prüfung der Geschäftsführung des A. und S.-Rates Lübeck. Die Kommission, bestehend aus den Mitgliedern: Unff. Saalfeld, 6/162, Musf. Gante 4/162, Weir. G. Röder, 1/162, Off. Stells. Janede, A.-R. 162, Unff. Lorenz, G./Rel. 84, Musf. Gausf. Genef.-Komb. 84, Weir. Geide, Sicherheitswehr, Adtm. Zimmermann, Sicherheitswehr, Unff. Pfeiffer, Garnison-Kazarett, hat ihre Tätigkeit beendet und gibt nachstehend einen Bericht über die Ergebnisse der Prüfung.

Schreiben vom: Absender: Inhalt: 1) Feldw. Wandel Verkauf von Autos und Gummireifen

- 2) 18. 2. 19. S. Heiden, Travemünde Verkauf von Lebensmitteln
3) 18. 2. 19. W. Gupe Gericht der Soldatenwehr u. Verbleib d. Inventars des Offiz.-Kasinos
4) 18. 2. 19. Langemann Verkauf von Zigarren
5) 19. 2. 19. M. Kolbe Verteilung von Sorten
6) ohne Dat. Weir. Geide Verkauf von Weiden
7) ohne Dat. Unbekannt Verkauf von Autos
8) 18. 2. 19. Unbekannt Benutzung von Autos
9) 18. 2. 19. Unbekannt Benutzung von Autos
10) 19. 2. 19. Unbekannt Beschl. d. S.-Rates gegen die Regierungstruppen in Bremen einzuführen
11) ohne Dat. Unbekannt Beschlagn. v. Lebensmitt.
12) 21. 1. 19. Verwalter der Räumungsgüter Abhandlung getonnene Räumungsgüter
13) 20. 2. 19. Unbekannt Verf. v. Räumungsgütern
14) ohne Dat. Unbekannt Verteilung von Sorten
15) 27. 2. 19. Dr. Vermechten Beschlagn. einer Jagdflinte
16) 27. 2. 19. Dr. Jhde Beschlagn. eines Autos.

Die einzelnen Schreiben wurden durch die Kommission von Fall zu Fall geprüft und die nötigen Nachforschungen vorgenommen mit nachstehendem Ergebnis: Zu 1. und 7. Verkauf von Autos und Gummireifen. Nach den Bestimmungen A. u. S. 1759/18 vom 24/10. 18 und Verfügung des Kriegsministers vom 16/11. 18 Nr. 4709/19 A. M. darf über Räumungsgüter von örtlichen Dienststellen nicht verfügt werden und ein selbständiger Verkauf nicht stattfinden.



**Bewilligung der Unterhaltungskosten der Soldatenwehr sind bereits Schritte bei der Regierung einlosset worden.** Die im Offiziers-Kasino vorhandenen gemessenen Silberfachen sind durch Leutnant Dettmann J. R. 162 bei einer Lübecker Bank deponiert worden und soll nach Mitteilung von Lt. Dettmann eine Verhandlung über den Verbleib des Inventars und der Lebensmittelvorräte durch J. R. 162 aufgenommen werden. Der frühere Hausverwalter Ritzschke wohnt in der Straße 162 aufgeführt worden, ein Verzeichnis des früheren Inventars und der Vorräte vorzulegen. Zu 4. Verkauf von Zigarren. Der U. und S. Rat war ermächtigt, an die Soldaten der Garnison die gelieferten Zigarren und Zigaretten abzugeben. Die Kommission hält es für militärisch wertvoll, daß bei ähnlichen Fällen der Vorrat in mehreren kleineren Paketen verteilt wird. Zu 5. und 14. Bestellung von Torten und Heberbereitung der Polizeistände. Die Torten sind durch den S. Rat für die Nationalfeier in den Stadthallen bestellt worden, es sind aber keine Torten vom S. Rat geliefert worden. Bei Heberbereitung der Polizeistände im Restaurant Fatina trifft Mitglieder des U. und S. Rates kein Versehen. Zu 6. Verkauf von Pferden. Bei diesen drei nicht verfolgten Pferden soll es sich nach Aussage des Gefr. Müller und des Bevollmächtigten der Landwirtschaftskammer Herrn Bedelhoff um Pferde gehandelt haben, die an Kriegsverletzte über 50 Prozent Abschlägungen zu abgeschätzten annehmbaren Preisen abgegeben wurden. Zu 8. Benutzung von Autos. Das betreffende Auto ist nach Auskunft der Feuerwehr in der Garage von Hordrup, Menckstraße 13, verbrannt. Es handelt sich um ein Auto in Privatbesitz. Zu 9. Benutzung von Autos. Dieser Punkt ist durch das Ausschreiben Rathschluß des U. und S. Rates für die Kommission erledigt. Zu 10. Verbleib des U. und S. Rates gegen die Regierungstruppen in Bremen einzuführen. Eine Stellungnahme zu diesem Vorgehen liegt nicht im Rahmen der Kommission. Zu 11. Beschlagnahme von Lebensmittel am Bahnhof. Fälle, in denen Lebensmittel am Bahnhof beschlagnahmt, aber von den Posten nicht an die zuständige Stelle abgeliefert wurden, sind der Kommission nicht bekannt. Vor der Fahrwegskommission, der Sicherheitswehr und der Soldatenwehr beschlagnahmte Sachen werden dem Kommunalverband und der Landesverorgungsabteilung überwiesen. Zu 12. Abhandlung gekommene Bekleidungsstücke. Von den durch den U. und S. Rat vom Räumungsgutlager abgenommenen Bekleidungsstücken, die nach erfolgter Desinfektion an J. R. 162 abgegeben wurden, fehlen unter anderem 103 graue Mäntel. Der Nachweis über den Verbleib dieser Mäntel konnte vom U. und S. Rat nicht erbracht werden. Die ferner fehlenden 10 Mäntel sollen teilweise an die Sicherheitswehr und die Straßenbahn abgegeben worden sein. Belege über die Abgabe sind nicht vorhanden. Zu 13. Verkauf von Räumungsgütern. Wie zu Punkt 1 ausgeführt, hätten die Geber aus dem Verkauf an die Garnison-Verwaltung abgeführt werden müssen. Zu 15. Abhandlung gekommene Raubfische. Die durch einen Mustertier-Mienerer beschlagnahmte Raubfische von Joh. Heintz. Fehling ist nicht in der Waffenbestandsliste des U. und S. Rates aufgeführt. Ein Verfahren zur Auffindung des Mienerer ist durch das Gericht der 81. Inf.-Brigade eingeleitet. Zu 16. Beschlagnahme und Verkauf eines Autos. Ob das Herrn Herrn Behr gehörende Auto durch den U. und S. Rat zu Recht beschlagnahmt wurde, entzieht sich dem Urteil der Kommission. Der Wagen fährt aber lt. Bestimmung über die Räumungsgüter nicht ohne Genehmigung des Generalkommandos weiterverkauft werden dürfen, abgesehen davon, daß der vorläufige Beweis des Einrentums durch Herrn Behr erbracht war. Der Erlös von 7000 Mk. aus dem Verkauf des Autos ist in der Kasse des U. und S. Rates als Einnahme gebucht worden. Benutzung der Küche und Ausgabe des S. Rates. Nach Aussage von Unteroffizier Kramer, Mitglied des S. Rates, ist die Küche des Offiziers-Kasinos nur benutzt worden zur Ausgabe des von der Truppe gelieferten Essens. Eine Mahlzeitzubereitung aus dort lagernden Lebensmittelbeständen hat nicht stattgefunden. Eine Nachprüfung über die Einnahme und Ausgabe der beschlagnahmten Konserve hat die Kommission abgelehnt, da es an Hand der vorgelegten Belege und des Bestandsbuches unmöglich ist, eine ordnungsmäßige Prüfung vorzunehmen. Ueber den Eingang der Lebensmittel sind Aufzeichnungen und Belege nicht vorhanden, sondern nur eine Bestandsangabe von Anfang Januar. Die Ausgaben sind ebenfalls ab Anfang Januar geführt. Am 1. März 1919 ist durch die Kommission eine Festnahme der Vorräte vorgenommen worden und als Bestand 25 Dosen a 1750 Gramm Rindfleisch, 999 Dosen a 850 Gramm Leberwurst und 177 Pakete a 1 Pfund Rationstorte festgestellt worden. Die Kommission hat die Heberzeugung gewonnen, daß bei der Verwaltung der Lebensmittelbestände die unbedingt erforderliche Kontrolle gefehlt hat und dadurch den wiederholt vorgekommenen Unterschlagungen der Angehörigen Vorschub geleistet wurde. Bekanntmachung des Reichsverwertungsamtes. Die vom U. und S. Rat in den Lübecker Zeitungen veröffentlichte Bekanntmachung lautet: „Der Unterschlagene erklärt hiermit, daß er die Bücher und Belege über Verwendung von herrenlosen und Heeresgütern seitens des U. und S. Rates Lübeck unterliegt und durchgesehen hat. Er kann nur bestätigen, daß sämtliche Ein- und Ausgänge ordnungsgemäß verbucht sind und der U. und S. Rat Lübeck sich bei der Verwertung obgenannter Güter nur von den besten wirtschaftlichen Interessen des Reiches hat leiten lassen. Lübeck, den 17. Februar 1919. (gez.) Carl Hellwig, Bevollmächtigter des Reichsverwertungsamtes Berlin.“ Ist laut Schreiben von Hellwig vom 28. 2. 19 an die Prüfungs-Kommission ohne seine Genehmigung und Wissen veröffentlicht. Kassenprüfung. Die Prüfung der Kassenbücher hat ergeben, daß die Eintragungen in Einnahme und Ausgabe mit den Belegen übereinstimmen, der buchmäßige Kassenbestand war in der Kasse da vorhanden. Es wurde festgestellt, daß die Erlöse für Verkäufe von Räumungsgut, verfeinerten Wagen und Gefährten usw. soweit diese Verkäufe im einzelnen der Kommission bekannt waren, in Einnahme verbucht worden sind. Bestimmungsgemäß (siehe U. Bl. 75/19) hätten diese Beträge, nachdem die Verkäufe zum Teil entgegen den Bestimmungen einmal vorgenommen waren, nicht in die Kasse des U. und S. Rates vereinnahmt werden dürfen, sondern sie waren an die Reichshauptkasse, Konto Verwertungsamt, abzuführen. Aus den Einnahmen, worunter sich auch 45 000 Mk. aus der Stadtkasse Lübeck

dem U. und S. Rat zur Verfügung gestellte Gelder befinden, sind in der Hauptklasse folgende Ausgaben bestritten worden: Kosten für Verwaltungszwecke (Druckkosten, Bureaubedarf usw.), Automobilkosten (Betriebsstoffe, Reparaturen, Tagelöhner für Autoführer), Zuschüsse für Mitglieder und Angestellte des U. und S. Rates und Reisepesen. Der Satz von 25 Mk. Reisepesen pro Tag stellt nicht im Einklang mit der Verfügung U. Bl. 1275/19. Zu diesen Ausgaben ist zu bemerken, daß gemäß U. Bl. 1289/18 vom 25. 11. 18 (siehe auch U. Bl. 151/19 vom 4. 2. 19) die U. und S. Räte keine Kassen führen sollten, sondern daß sie einer mittelfürsichtigen Formation angeteilt werden sollten, die die Kosten für den Sicherheitsdienst und für die Verwaltungszwecke des U. und S. Rates zu zahlen und über die gezahlten Beträge bei der Intendantur kassenmäßige Rechnung zu legen hat. Dieser Bestimmung ist vom U. und S. Rat Lübeck nachträglich Rechnung getragen worden, daß inwieweit durch die Kassenverwaltung 2162 der stellv. Intendantur J. R. gemäß U. Bl. VI. 151/19 über die Einnahme und Verwendung der eingenommenen Gelder eingehend Bericht erstattet wurde, jedoch nurmehr die Intendantur über das Weitere entscheiden wird. Größere Ausgaben irgendwelcher Art zur Erlangung unrechtmäßiger Vermögensvorteile für die Mitglieder des U. und S. Rates haben sich nicht ergeben. Pflüch, den 6. März 1919. Die Kommission zur Prüfung der Geschäftsführung des U. und S. Rates Lübeck. Schäffer, Vorsitzender, Lorenz, Schriftführer.

**Die Schiffswerft H. G. von Henry Koch vertreibt in diesem Jahre eine Prozente Dividende.**

**Bei Lemet noch!**

Der Kriensdichter der „Lübeckischen Anzeiger“, der während des blutigen Kampfes seinen eroberten Lübeckern Patriotismus gefühlos in schamlossten Reimeren in den Spalten des hiesigen „Anzeigers“ austoben ließ, tritt wieder auf den Plan. Nun kann er zwar nicht mehr mit dem „Kaiser ins Feld reiten“ wie einst — natürlich nur auf dem Schreibstisch — oder vor dem ehemaligen Kronprinzen weheln, wie in den Versen: „Als mein Auge dein Auge sah, Kronprinz!“, sondern jetzt richtet sich sein alldeutscher Zorn gegen Oden, aus dem er selbst stammt:

Im Osten brüllt die Meute,  
Die rote Woge schwill,  
Sie riert nach Menschenheute,  
Nach heutigem Geschick!  
Verachtet den alten Hader!  
Der Feind ist vor dem Tor!  
Steh! Quader fest zu Quader!  
Freiwillige vor!

Wie wär's, wenn der Sinner auch ein Held wäre und sich selbst mehrte? Da er aus Riga stammt, wäre er doch eigentlich der Rechte dazu. Oder erwartet er die Meikeit, daß sein gereimter Streifzug schon die Volkshemden ins Bodshorn jagt! Sozialen Geschmack trauen wir Ihnen nicht zu.

**Geschäftliche Pakete mit Lebensmitteln nach der Rheinpfalz** sind von jetzt an unter folgenden Bedingungen zugelassen: Die Pakete dürfen nur Lebensmittel enthalten. Die Befristung von schriftlichen Mitteilungen und Zeitungen ist verboten. In der Paketanschrift müssen der Vermerk „Inhalt Lebensmittel, keine schriftlichen Mitteilungen, keine Rechnungen“ sowie außerdem der Name und die Adresse des Abenders angegeben sein. Bei Verstößen gegen diese Bestimmungen unterliegen die Pakete der Beschlagnahme.

**Die Postbank** übersendet uns ihren Geschäftsbericht für 1918. Danach war eine Steigerung der Umsätze, von einer Seite des Hauptbuches berechn. von 1 729 010 000 Mk. auf 2 213 000 000 Mk. zu verzeichnen. Der Reingewinn betraffte sich auf 98 853 77 Mk. Zur Verteilung gelangen 8 Prozent Dividende

**Sanfta Theater.** In neuer Einstudierung wird am Sonntag Abend Walter Kollo's Operette „Die tolle Komte“ um ersten Male aufgeführt; in die beiden Hauptrollen teilen sich Kräutlein Lehmann und Herr Westmann. Am Montag findet eine Wiederholung des beliebten „Schwarzwalddädel“ statt.

**Stadtkonferenz.** Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins war gut besucht. Aufgenommen wurden 29 Genossen und Genossinnen. Der Vorsitzende, Genosse Kännefeldt, teilte mit, daß die Versammlung zu dem Zweck einberufen sei, um die Aufstellung der Kandidaten vorzunehmen. Eine Kommission, die von der letzten Mitgliederversammlung ernannt ist, um eine Vorklärungsliste auszubereiten, habe ihren Antrag ausgeführt. Die Kommission legte der Versammlung eine Liste von 15 Genossen und Genossinnen vor; die Versammlung schlug auch noch 5 Genossen vor, jedoch eine reichhaltige Auswahl gegeben war. 12 Gemeindevorsteher sind zu wählen. Es erzielten Stimmen: D. Rüd 85, F. Glos 92, Frau Giers 92, J. Euhri 84, R. Gieß 84, H. Martens 72, G. Nitz 71, E. Euhri 68, Hr. Koppelt 68, G. Schmidt 66, Th. Nitz 63, G. Westphaling 61, Frau Labs 58, J. Gumpert 40, H. Dahmeyer 39, G. Schröder 30, W. Beth 27, Jacobsen 19, W. Reuter 23; einige Gemeindevorsteher bewährte als Kandidaten sind die ersten 12 Genannten. Von mehreren Rednern wurde noch darauf hingewiesen, daß für die kommende Vertretung schwerwiegende Fragen in Betracht kommen, insbesondere die Schulen, falls sie als Gemeindevorsteher bestehen bleiben sollten. Auch die Steuerlasten müssen mehr auf die steuerkräftigen Schultern gelegt werden, insbesondere bei der landwirtschaftliche Grundbesitzer, der mehr zur Steuer herangezogen werden sollte. Vom Arbeiter und Geschäftsmann werde der letzte Groschen herausgeholt, aber die Landwirte müßten sich darum zu drücken, indem sie eine große Schuldenlast angeben, die auf ihren Grundstücken ruhe. Von dem odenburgischen Landtag muß verlangt werden, daß das Steuergesetz dahin umgearbeitet wird, daß der Grund und Boden neu eingeschätzt wird, um die Lasten mehr zur Steuer heranziehen zu können. In Verbindung wurden noch örtliche Angelegenheiten geregelt und zum Schluß die Anwesenden ermächtigt, tüchtig zu agitieren bis zum Wahltag.

**Schwarzwau.** Um eine Ungültigkeit der Gemeinderatswahlen zu vermeiden, ist es notwendig, so schreibt Bürgermeister Dr. Kleininger, darauf hinzuweisen, daß die Ausschreibung für die Wahlen nicht nur, wie dies teilweise irrtümlich ist, für die Gemeinderatsmitglieder, sondern zugleich auch für die Ersatzmänner zu erfolgen hat. In einer Gemeinde, in welcher z. B. 12 Gemeinderatsmitglieder und nach Artikel 18 § 4 der Gemeindeordnung 6 Ersatzmänner zu wählen sind, darf es deshalb in der Wahlauschreibung nicht heißen: der Wahlvorschlag darf nicht mehr als 12 Namen enthalten, sondern muß es heißen: darf nicht mehr als 18 Namen enthalten. Bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sind dem entsprechend auch 18 Stimmzettel zu ermitteln, von denen die 12 größten auf die Gemeinderatsmitglieder und die anderen 6 auf die Ersatzmänner entfallen.

**Entin.** Der Schleichhandel macht sich auch in unserer Provinz sehr breit. So verköhen die Hüfner Ernst und Gustav Grimm aus Gniffau an den Fuhrwerksbesitzer Farns aus Lübeck 40 Zentner Hafer, sowie 75 Pfd. Gröhe und Klocken. Dieses Getreide sollte somit der Allgemeinheit entzogen werden und einem einzelnen, der einen größeren Geldsack hatte, zugesprochen werden. Den Pferdehaltern der Provinz wird es besonders interessieren, da sie doch bei der Knappheit des Hafers die Geschädigten sind. Um den Schleichhandel zu unterdrücken, bedarf es der Mitarbeit eines jeden der ganzen Bevölkerung, um die Lebensmittel der Allgemeinheit zuzuführen und nicht, wie es schon immer üblich gewesen ist, dem Geldprozen mit dem größten Geldsack eine besondere Wurst zuzuführen. Bei Anzeigen müssen wir immer Namensunterschrift erbitten. — Zu der vom U. und S. Rat der Provinz Lübeck beantragten Verschmelzung der Landkrankenkasse mit der Ortskrankenkasse bedarf es der Zustimmung der ganzen Landbevölkerung. Zustimmungslisten aus den einzelnen Gemeinden sind bis zum 20. März 1919 beim U. und S. Rat einzureichen.

**Odenburg.** Die odenburgische Landesversammlung. Das Ergebnis der Landtagswahlen in der Provinz Birkensfeld liegt nunmehr vor. Darnach wurden dort gewählt: 2 Deutsche Demokratische Partei; Dörr und Wengand, 2 Sozialdemokraten; Hug und Zehentmeyer, 1 Zentrum; Hartong. Die Parteien des odenburgischen Landtags sind jetzt: 16 Sozialdemokraten, 15 Deutsche Demokratische Partei, 11 Zentrum, 5 Deutsche Volkspartei, 1 Deutsch-nationale Volkspartei.

**Briefkästen.** Die 1/2-Markstücke von Silber werden nicht eingesogen oder für ungültig erklärt. Sie bleiben weiter Zahlungsmittel.

**Neueste Nachrichten.**

**Zu den Pariser Verhandlungen.** Kopenhagen, 14. März. Die Regierung teilte gestern in der Sitzung des politischen Ausschusses des Reichstages mit, daß die dänische Delegation in Paris habe gemeldet, daß die Abklärung in Nordisch-Leswig im Laufe eines Monats, in Mittelschleswig 2 Monate danach stattfinden werde.

**Wien, 14. März.** „Newport World“ berichtet: Wilson werde in Paris den Wortführer der Alliierten erklären, daß der Friede als zustande gekommen betrachtet werden soll, sobald Deutschland den Vertrag unterzeichnet habe. Es soll nicht erst auf eine Abstimmung durch den Senat in Washington oder durch Ratifizierung der Körperschaften der Alliierten gewartet werden. Ueber den Völkervertrag werde der Friedensvertrag nichts enthalten.

**Paris, 14. März.** Wilson ist gestern Abend in Brüssel angekommen und wird heute Vormittag in Paris erwartet.

**Newport, 14. März.** Die Abendmeldungen verkünden, daß das Erlauchen, Amerika als Schiedsrichter zur Schlichtung aller Streitigkeiten in Europa zu bestellen, Bestätigungen wegen der Bestimmung der Delegierten verzögert.

**Paris, 14. März.** Der amtliche Pressedienst meldet: Der Zehner hat heute beschlossen, im Präliminarfriedensvertrage mit aufzunehmen, daß Deutschland aus dem Pachtvertrage von Tsingtau und aus allen Konzessionen der Halbinsel Chantung zu entlassen sei. Man hat keinen Verlust gemacht, gegenwärtig eine Entscheidung über den endgültigen Besitz der deutschen Rechte herbeizuführen. Es kam zu einer Kontroverse zwischen Japan und China, Japans Haltung war früher, daß es ein Recht der Eroberung erworben habe, ist aber jetzt gewillt, die endgültige Entscheidung der Friedenskonferenz vorzubehalten. China ist der Ansicht, daß der Vertrag automatisch annulliert worden sei und daß das Eigentum an China zurückgegeben werden müsse. Es erwartet eine endgültige Entscheidung durch den Friedensvertrag oder durch den Völkervertrag.

**Angriff auf einen Truppentransport.** Berlin, 14. März. Wolffs Bureau meldet: Ein Transport von Freiwilligen auf dem Wege nach Berlin wurde auf dem Bahnhof von Sangershausen von Zirkeln angegriffen. Der Transportführer wurde aus dem Zuge gerissen und beraubt. Nach Aussagen des Transportführers war der ganze Bahnhof von Braunkohlenarbeitern besetzt. Da der Transportführer seinen Transportführer nur dem Eisenbahnbeamten zeigte, liegt der Verdacht nahe, daß die Bahnbeamten mit den Spartakisten gemeinsame Sache machten.

**Zusammentritt des bayerischen Landtags.** München, 14. März. Der bayerische Landtag wird Montag Vormittag zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wahl des Ministerpräsidenten sowie die Beratung eines Ermächtigungsgesetzes, eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes und des Gesetzes über die Aufhebung der Familienidealkommission.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Köwig.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Fräseerei zur Walkmühle**  
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme etc.  
Carl Rohde  
Lübeck, Marktstr. 64

**Praktischer Wegweiser**  
empfehlensw. Geschäfte  
Zurechtweisung  
empfohlen  
Dollerts Reisebüro Lübeck T 8868  
Nördliche Verkehrs-Zentrale  
Büroausstattung  
Beratung und Beförderung von Reisenden

**Extra starke Blockwagenräder**  
wieder eingetroffen (10516)  
C. Bliessath Wwe, Straße 9.  
**Versandstellen**  
verg. in all. Bezirk. kostenl. (10557)  
Rheinische Metall-Industri.  
G.m.b.H. Düsseldorf, Schließl. 75

**Extra starke Hand-Blockwagen**  
3-8 Zentner Tragkraft.  
Karl Schulmerich  
(10519) Mühlentor 28.

**J. H. Pein**  
Am Markt 12.  
Breite Straße 64.  
Beste Bezugsquelle für erstklassige  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten, Bettfedern u. Daunen, Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

**Sanerfohl**  
Pfd. 25 a, 10 Pfd. 2.30 Mk.  
**Salzgurken**  
1 Pfund 1.80 Mk.  
**Feste Bohnermasse**  
Dose 3.50 Mk.  
**Flüssige Bohnermasse**  
1 Pfd. 3 Mk., 5 Pfd. 14 Mk.  
**Eduard Speck**  
Düster. 80 u. 82. (10539)

**Heinrich Waller**  
Breitestr. 60  
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme etc.  
**Carl Rohde**  
Lübeck, Marktstr. 64

**Havaria-Brauerei**  
Hamburg-Altona  
Miederlage Lübeck  
Lindenstr. 98a Tel. Nr. 474  
Die Biere der **Schlenkerbrauerei Kiel**  
werden überall bezogen.

**Trinkt Lübecker Vereins-Bräu**

**Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu**  
Aktionsbrauerei Lübeck  
Zigarrenhandlungen  
Adolf Röhrich  
Holtenauerstraße 2, Ecke Schüsselbud.  
Weine  
**Wilhelm Rahfoht**  
Untertrave 112, Telefon 857  
vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen  
Ratzeburger Aktien-Brauerei

**Moderne Schmuckwaren Trauringe**  
in verschiedenen Preislagen  
**Johs. Tollgreve, Goldschmied**  
(10515) 92 Königstraße 92.

**Oberleder-ausschnitt**  
für Schuhmacher in versch. Lederorten zu haben bei (10527)  
**C. Grimm Nachf.**  
Leder- und Schäftehandlung.



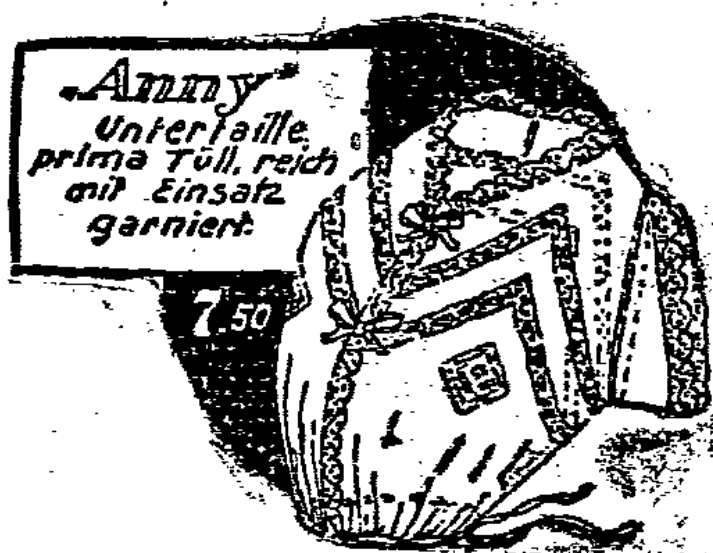


# Beispiele

von der Leistungsfähigkeit unserer hervorragendsten Abteilung

## Modewaren

Unentbehrlich sind diese kleidsamen und duftigen Kleinigkeiten für die elegante Dame. Immer neu in ihren vielseitigen Formen geben sie dem Kleide oder der Bluse stets eine aparte eigene Note.



# Rudolph Karstadt

Lübeck / Komm.-Ges.

**Deutscher Metallarbeiter - Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
für Kücknitz und Umgegend  
am Sonntag, dem 16. März, nachm. 4 Uhr  
im Lokale des Herrn Faase, Kücknitz.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften u. Unternehmerverbänden.  
Referent: Kollege H. Ehlers, Lübeck.
  2. Bericht der Kommission über die Verhandlung zwecks Gründung einer Zahlstelle in Kücknitz.
  3. Bericht über die Mitgliederbewegung des Distrikts Kücknitz.
  4. Wahl der Bezirksvertrauensleute.
  5. Verschiedenes.
- Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. (10526)

## Lederwaren

kauft man am besten und billigsten in der 10517  
**Lederwaren-Fabrik**  
F. Fränkel, Breite Straße 54.

**St. Lorenz-Kegelhalle**  
Sonabend, den 15. März:

**Große Fidelitas.**  
Humoristische Vorträge und Schuhplattler.

Sonntag, den 16. März:

**Großes Preisschießen**  
Die Preise bestehen aus wertvollen Gegenständen.

Anfang vormittags 10 Uhr. Ende 7 Uhr. (10545)  
Es laden dazu ergebenst ein Der Suberbauer und Wäuerin.

**Nur im Biophon.**  
Ab Freitag, den 14. März:

**Keimendes Leben**

6 Akte, erster Teil  
Monumental-Kultur-Film in 3 Teilen  
von Dr. Paul Meißner und Georg Jacoby.  
In der Hauptrolle Hanna Hall, Emil Jennings.

**Das Schwabenmädle**  
ein reizendes Lustspiel in 4 Akten. (10520)  
Ossi Oswalds, F. Achlesberg.

## Hansa-Theater.

Sonabend, abends 7 Uhr.

**Drei alte Schachteln.**

Operette von Walter Kollo.  
Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr:

Vorstellung der Plattdutschen Volksgül.

Abends 7 Uhr: (10580)

Neu einstudiert:

**Die tolle Komtesse.**  
Operette v. Walter Kollo.

## Stadttheater Lübeck.

Wegen Vorbereitung zu

„Ilsebill“ müssen die Kammer-  
spiele von Friedrich Neubauer  
verschoben werden. Sie fin-  
den am Sonntag, d. 23. März,  
statt. (10584)

## Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 10538

Freitag, den 14. März:

Außer Abonnement:  
**Tannhäuser.**

Große Oper in 3 Akten  
von Richard Wagner.

Sonabend, den 15. März:

Auf vielfachen Wunsch:  
**Rose von Stambul.**

Sonntag, den 16. März:

Nachmittags 3 Uhr:  
**Die spanische Fliege.**

Abends 7 Uhr:

Einmaliges Gastspiel von Herrn  
Josef Liszewski vom Kgl.  
Theater in Hannover.

**Zar und Zimmermann.**

Dienstag, den 18. März:

**Waldfrieden.**  
I. Klasse.  
Medaille.



## Die Seiten des Generalstreiks in Leipzig.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich in jahrzehntelangen Kämpfen um menschenwürdige Zustände bewährt und dabei manche Kinderkrankheiten durchgemacht. Jetzt war sie so weit, um weit- und herzbelebend den Widerstand wirtschaftlich und politisch zu erheben, da kamen ihr Stürmer und Dränger in die Quere, die mit hohem Wohlwollen erklärten, daß diese Aufklärungsarbeit vollkommen zwecklos sei. Sie, die selbst keinen Nennbeitrag für Gewerkschaften und Partei übrig hatten, oder zu feige waren, sich öffentlich den Arbeiterorganisationen anzuschließen, schmelzten jetzt die erprobten Arbeiterführer. Und was das Schlimmste ist, sie finden teilweise Anklang. Eines Tages aber wird die Ermüdung kommen, und dann steht sich der kritische Mittelalter gezwungen, der Tatsache ins Gesicht zu schauen. Die „Prophezen“ aber sind dann verschwunden. Einige scheitern doch schon zur rechten Zeit, ehe alles verloren ist, ein Richtmaß zu durchschauen. So bei einer Art Offizierskritik im Leipziger A- und S-Rat über den Berliner Generalstreik.

Da jagte der Unabhängige Seger, daß an ihm wie auch am Leipziger Streik vieles unklar und auch in der Form falsch sei. Und dann vertrat er die verspätete Einsicht, daß man durch den Streik nicht zur Sozialisierung komme. Man könne auch nicht streiken, bis die Räte-Republik erreicht sei. Die Arbeitererschaft dürfe nicht den Kopf abgeben, auf dem sie selbst sitze. Das tue sie aber, wenn sie Gas- und Elektrizitätswerke stilllege. Denn die Wirkungen dieser Maßnahmen richteten sich gegen die Arbeitererschaft selbst. Sein Genosse Lieberach entgegnete ihm mit Recht, daß Seger diese Ausführungen vor dem Streik aber nicht jetzt mitten in der Bewegung hätte machen sollen. Auch er gab zu, daß der Kampf abgebrochen werden müsse, weil bei der längeren Dauer eines Generalstreiks der Lebensnerv der Großstadt und auch der Arbeitererschaft getroffen werde. Und auch ihn werden die Leipziger Arbeiter fragen müssen: Warum kommt diese Einsicht so spät, zu spät?

Ohne alle Einsicht blies nur Dr. Geyer die Kriegsanfänge. Aber auch er übte, ohne es zu wollen, vernichtende Kritik am Generalstreik. Insofern nämlich, als er den Generalstreik des Bürgeriums als Terror bezeichnete, dem mit diktatorischen Maßnahmen entgegengetreten werden müsse. Für die Einsicht, daß auch der Streik, den er verteidigt und der den Generalstreik erst hervorruft, in noch viel höherem Maße Terror ist — für diese Einsicht ist der jugendliche Dr. Geyer noch nicht reif.

Die „Leipziger Volkszeitung“ faßte von einer imponierenden Einmütigkeit des Streiks, die allerdings viel mehr auf der Gegenseite zu finden war. Darüber wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben:

Am Tage nach dem Streikbeschluss der Arbeitererschaft erklärte das Leipziger Bürgerium den Generalstreik. Es schlossen sich die Äbten und Banken, die Apotheken und Sparkassen, die Sprachzimmer der Ärzte und Rechtsanwälte, die Hallen der Justiz und Fürsorge, die Kanzleien der städtischen und sonstigen Verwaltung. Die verschiedenartige Schar der Beamten und freien Berufe strömte mit den Kaufleuten und Handelsberufen, man kann sagen einhellig, auf die Straße, um dort für ihre Zwecke revolutionäre Gymnastik zu treiben.

Unserer unabhängigen Gemaltheerrschaft ist immer nachgelagt worden, daß sie am an Erfolgen sei. Jetzt hatte sie endlich einen errungen, der Hochachtung gebietet. Was unter der alten Obrigkeit nie geklingelt hätte, das „politisch“ trägt, innerlich unheimlich desorganiertes Bürgerium zusammenzuschreiben, politisch denken zu lehren, ihm die „Macht“ der Solidität, die Handhabung der Streitwaffe und Machtbewußtsein beizubringen, das ist unserer neuen unabhängigen Obrigkeit in kaum vier Monaten prächtig gelungen.

Dieser unerwartete Erfolg ihrer rücksichtslos revolutionären Taktik verleiht die unabhängige Herrschaft in wilde Aufregung. Auf öffentlichen Bekanntmachungen schrieb sie das Bürgerium, die Beamten an, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sonst geltebe irgend etwas. Die unabhängige Obrigkeit verfaßt offenbar, daß wir nach dem 9. November lebten. Die Drohung steigerte das Machtbewußtsein der Bürgerlichen. Gar Bedingungen machten sie: Erst Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, persönliche Sicherheit, dazu Gas, Licht und Verkehrsmittele, dann wollten sie die Wiederaufnahme der Arbeit in Erwägung ziehen. Also, die „eine reaktionäre Masse“ generalstreikt für die elementarsten Bürgerrechte und menschlichen Bedürfnisse gegen die „eine revolutionäre Herrschaft“.

Für was die Arbeitererschaft eigentlich streikte, ist schwer zu sagen. Anfangs sollte es für den Sozialismus sein, dann für die Sozialisierung, einen Tag später für die Forderungen der Bezirkskonferenz in Halle, dann wieder für Betriebskontrolle, Verankerung der A- und S-Räte, Freilassung der von den Weissen Garden Verhafteten, Rücktritt der Reichsregierung. Schließlich sollte der Generalstreik den Zweck haben, der Bourgeoisie einzujammern, daß ihre „Gewaltmittel“ kläglich verjagen müssen gegenüber dem geschlossenen Willen des Proletariats.

Der Streikzweck änderte sich, wie man sieht, fast mit jedem Tage, was auf Plan- und Hilflosigkeit schließen ließ und von der bürgerlichen Gegenstreikleitung geziemend gewürdigt wurde.

Mit jedem Streiktage stieg, wie leicht verständlich, die allgemeine Not, vor allem die der Arbeitererschaft. Das Bürgerium hatte schließlich noch eher Mittel und Möglichkeit, als die Arbeitererschaft, der steigenden Entbehrung zu begegnen. Da die Banken geschlossen, wurden die rückständigen Löhne nicht ausbezahlt. Mit der zweiten Streikwoche waren die Arbeitertafeln

vollständig leer. Durch die Erschöpfung und Unterbindung der Zufuhr an Kohle, Gas, Lebensmitteln stiegen die Preise dieser Artikel. Der Arbeiter sah in seiner Kasse ohne Licht und Wärme vor leeren Schränken und Schüsseln. In den Arbeiterorten leerten sich die Schulbänke erschreckend. Nachforschung ergab, daß die Kinder wegen Mangels an warmem Essen mager- und darmlinnet geworden waren. Die Stimmung wurde noch mehr gedrückt durch die Unterbindung des Postverkehrs.

Die neue Gemaltheerrschaft hatte aus Furcht vor den Regierungsgruppen und gleich komischen Gründen die Selbstblockade der Stadt durchgeführt. Die Zufahrtsstraßen wurden sämtlich streng bewacht, der Verkehr durchsucht. Vor allem ward die Postperre streng durchgeführt. Die Einwohner erfuhr nichts von der Außenwelt, die Außenwelt nur das von Leipzig, was die Gemaltheerrschaft für gut hielt. Die Leipziger Zeitungen waren alle am Erscheinen gehindert, ausgenommen die „Leipziger Volkszeitung“. Sie nutzte ihr durch Terrorismus erlangtes Monopol strapellos aus. Die Nachrichten über das Fortschreiten der Volkserhebung gegen die Regierung und gegen die vermaledeiten „Masse-Garden“ nahmen kein Ende, von dem gewaltigen Eindrud, den der Leipziger unabhängige Streik machte, ganz zu schweigen. Da anfänglich immer noch Blätter herbeikamen, die die Behauptungen als Schwindel darstelen, wurde letzten Montag die Postperre mit letzter Rücksichtslosigkeit durchgeführt und die Flugpost verboten. So mußte man wohl oder übel einem Blatte glauben, über dessen „Wahrheitsliebe“ nur eine Stimme herrscht. Ihren Tatsachenrichtigen wurde mitunter mit Flugblättern entgegengesetzten versucht. Das konnte sozusagen nur insgeheim geschehen. Die „Sicherheitswachen“, die etzigen Wächter der Erzeugnisse des 9. November, nahmen die Flugblattverteilung fest, verprügelten sie oft. So mußte man auf die Flugblattverteilung verzichten. Der „Leipziger Volkszeitung“ blieb das Nachrichtenmonopol gewahrt. Sie konnte ihrer bekannten Wahrheitsliebe freien Lauf lassen. Von ihr ist die Leipziger Bevölkerung in den zwei Wochen ihrer Alleinherrschaft ebenso sehr angegründelt worden, wie von dem Lindenborffischen Pressedienst abseuernden Angebotsens.

Mit aller Aufpeitschung der freitenden Masse war weder die Zunahme der Entbehrung noch die sinkende Erfolgsaussicht des Streiks zu verhindern. Die Sprache der Arbeiter über diesen „Wahnsinn“, wie die gleichen Geschlechter in den Arbeiterkreisen konnten nicht mißverstanden werden. Der Streik mußte schlaunig abgebrochen werden, damit er nicht im Chaos endete. Jemandeinen Erfolg hatte er nicht gehabt. Er hat geendet, wie jede Bewegung enden muß, die ohne genügend wichtigen Grund, ohne festes Ziel unternommen wird. Wenn von einem Erfolg gesprochen werden kann, dann ist er nicht auf der proletarischen Seite. Einen Gewinn durch den Zustand haben nur, dank der Selbstblockade, die Händler und Lebensmittelmacher, also letzten Endes der Kapitalismus, dann auch die Unternehmer, die einen billigen Vorwand erhalten hatten und haben, ihre Leute, für die sie wegen Arbeitsmangels nichts zu tun haben, ohne Bezahlung auf die Straße setzen zu können. Das Proletariat selbst hat zwei Wochen gänzlich umsonst gekämpft und enttäuscht gelitten. In seiner Erinnerung wird dieser Generalstreik lange als Generalwahnsinn fortleben.

## Der preußische Verfassungsentwurf.

Der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen hat durch die letzten Beschlüsse des preußischen Staatsministeriums folgende Gestalt erhalten:

- § 1. Die verfassungsgebende preußische Landesversammlung hat die künftige Verfassung der Republik Preußen als Staates der deutschen Republik festzustellen, sowie Gesetze, die keinen Ausschub dulden, zu erlassen.
- § 2. Auf die verfassungsgebende Landesversammlung finden die Artikel 21, 22 Absatz 1, 23 und 26 bis 32 der bisherigen Verfassung des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.
- § 3. Der Präsident der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung beruft die Regierung.
- § 4. Die Regierung ist eine kollegiale Behörde und besteht aus sämtlichen Staatsministern. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Die Regierung regelt die Verteilung der Geschäfte unter ihre Mitglieder selbständig.
- § 5. Jeder Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der verfassungsgebenden Landesversammlung und ist für seine Amtsführung verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des Kriegsministers gegenüber der Volksvertretung im Reich wird dadurch nicht berührt.
- § 6. Die vollziehende Gewalt steht der Regierung zu. Ihr sind sämtliche Staatsbehörden unterstellt.

Die Regierung ist verpflichtet, die von der verfassungsgebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung und die gemäß § 1 zustande gekommenen Gesetze in der Gesetzesammlung zu veröffentlichen.

§ 7. Die Staatsminister und ihre Beauftragten haben das Recht, den Verhandlungen der verfassungsgebenden Landesversammlung beizuwohnen und jederzeit gehört zu werden.

Die Staatsminister sind verpflichtet, auf Verlangen der verfassungsgebenden Landesversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen oder den Grund anzugeben, warum eine Auskunft nicht erteilt werden kann.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

**Die sozialdemokratische Landtagsfraktion**  
hat sich zu ihren Vorstehenden die Abgeordneten Graef-Frankfurt a. M. und Siering-Berlin gewählt. Das Fraktionssekretariat übernahm der Abgeordnete Heller-Berlin.  
Für den Posten des Präsidenten der Landesversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion den Oberbürgermeister von Hannover, Reinert, in Vorschlag bringen.

**Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik**  
legte die ihm übertragene Gewalt in die Hände der preussischen Nationalversammlung und wird die hier in Betracht kommenden Befugnisse nur noch solange ausüben, bis die Nationalversammlung die anderweitige Regelung getroffen hat.  
Seine Stellung als oberste Instanz der bestehenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bleibt davon unberührt; eine Entscheidung hierüber kann nur der bevorstehende zweite Rätekongress fällen.

## Aus der Partei.

Die Vertrauensmänner der Frankfurter Parteiorganisation und die Mitglieder des Arbeiterrates haben folgende Resolution angenommen, die, wie sie hoffen, im Reichsrichtungsgebiet werden: Die bisherige Arbeit der Nationalversammlung wird befriedigt die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurt nicht. Sie verlangen von unseren Genossen in der Regierung und von der Fraktion der Nationalversammlung, daß sie intraspektiv als bisher für die Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische wirken und daß sie eine Politik betreiben, die geragen ist nach dem Vertrauen des gesamten Proletariats.

Die Vertrauensmänner bekennen sich zum wahren Sozialismus, der die Freiheit und die Demokratie allen Staatsbürgern verbürgt.

Zum Ausbau der bisherigen Erzeugnisse der Revolution, sowie zur Sicherung der Revolution ist das Fortbestehen der Arbeiterräte und ihre Verankerung in der Reichsversammlung unbedingt notwendig.

Das Tätigkeitsgebiet der Arbeiterräte ist wirtschaftlicher und sozialer Natur. Bis zur Demokratisierung des Reichs-, Staats- und Gemeindeorgane sollen die Arbeiterräte deren Kontrollinstanzen sein.

Dem Zentralrat der Arbeiterräte steht das Recht zu, selbständige Gesetzentwürfe den politischen Parlamenten einzubringen und dort zu vertreten. Er muß vor Einbringung von Regierungsvorlagen wirtschaftlicher und sozialer Natur gehört werden. Werden Gesetzentwürfe, die von dem Zentralrat eingereicht sind, abgelehnt, kann dieser eine Volksabstimmung darüber beantragen.

Die weitere politische Vertretung des Volkes liegt in den Händen der auf demokratischer Grundlage gewählten Parlamente in Reich, Staat und Gemeinde.

Von der Regierung wird gefordert:

1. Auflösung des alten Heeres und der gebildeten Freiwilligentruppe. Errichtung einer Volkswehr.
2. Sofortige Inangriffnahme der Vergeßenschaftung großkapitalistischer Unternehmungen, wie Bergbau, Schifffahrt und Versicherungswesen.
3. Sofortige Konfiszierung der Krangüter.
4. Wegnahme aller Kriegsgewinne, Abführung eines Teils der Privatvermögen an den Staat. Anhebung der Staatsausgaben durch steigende Vermögens- und Erbschaftsteuern.
5. Preisabbau durch lokale und zentrale Maßnahmen.
6. Schärfste Erfassung aller Lebensmittel, schärfste Bekämpfung und Bestrafung des Lebensmittelwuchers und des Schleichhandels. Aufhebung der Grenzperren.
7. Schnellste Einführung von Einheitslöhnen, mit Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel.
8. Schnellste Einführung der Selbstverwaltung und Wahl der Richter durch das Volk.
9. Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland und Polen zwecks Friedensschluß und Anbahnung gegenseitiger Handelsbeziehungen.

Zur baldigen und wirksamen Durchführung dieser Forderungen vermerken und bekämpfen wir entschieden die Forderungen und Voraussetzungen für den Eintritt und das Bestehen sozialdemokratischer Minister in einer Regierung.

## Gewerkschaftsbewegung.

Paula Thiede, die langjährige Vorstehende des Verbandes der Buch- und Steinbruderei- und arbeiterinnen Deutschlands, ist im Alter von 49 Jahren gestorben. Der von der Generalkommission herausgegebene Nachrichtendienst bringt folgende erachtenden Nachruf: Sie war ein Kind der Arbeiterklasse. Außerordentlich beharrlich stammend, lernte sie als junge Anlegere in Berliner Buchdruckereien das Glend der damals im Gewerkschaftlichen privaten Stellenvermittlung kennen, die den ersten Erfolg gab zum Zusammenschluß des weiblichen Hilfspersonals

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

— die für einen Mann zu sorgen hat und für so manches andere.

„Es geht ihm gut, dem Herrn Gemahl?“

Daniela machte eine unbestimmte Handbewegung. Abgesehen von schrecklich vieler Arbeit und daß er auch gesundheitslich darunter leidet. — Ich sehe ihn oft nur mittags und am Abend nach der Oper. Jetzt eben schließt mein Mann. Sie entschuldigen, Herr Cornelius, wenn ich seine kurze Mittagsruhe nicht störe, ihn nicht wecke, um sie zu begrüßen.

„Aber gnädige Frau, ich würde dringend protestieren.“

„Vielleicht, daß ich Sie bitten dürfte, mit mir allein den Tee zu nehmen.“

Aber Willi entschuldigte sich dankend mit noch anderen Gemächten. Er erhob sich, bat um freundliche Empfehlung an Herrn Kobaschek und ging.

Wieder Gemäch, leeres Gemäch. Willi glaubte alles, was Daniela selbst ihm von sich sagte, zehnmal lieber, als die Höflichkeit Kobascheks.

Nur geringes Gefallen fand er an dem neuen Stück, das abends im Schauspielhaus gegeben wurde, dahingegen erfreute er sich hoch an dem Darsteller seiner künftigen Rolle. Mit Befriedigung, wieder etwas gelernt zu haben, verließ er das Theater.

Nun zu seinem nachmaligen Zusammenreffen mit Pafedag im Alten Krotobil. Ob er hinging? — Sympathisch war ihm ja der reichlich reduzierte alte Knabe wahrlich nicht — seine schlappe Ausdrucksweise, der nie ganz blühende Hemdrücken, durch den er sich auszeichnete, die immer schmuddeligen Hände — mander andere, wichtig, wäre Willi lieber gewesen, aber was

halfs, — mit Pafedag bestanden immerhin Berührungspunkte und, ehe er ohne jede Unterhaltung lag —

Nach im Nachhinein über sein ja oder nein, schlenderte Willi auch schon dem Krotobil zu.

Pafedag erwartete ihn daselbst in einer traulichen Ecke, erhob sich aus derselben, als Willi kam, in seiner ganzen Länge und rief über ein Duzend stark besetzter Tische laut und dornemlich: „Cornelius, Cornelius!“ hinweg, zur Richtschnur für jeden, der Willi etwa kennen lernen oder wissen wollte, wer er sei. Willi ärgerte sich herzlich.

Ob er die Frau Kapellmeister besucht, getroffen und welchen Eindrud er von ihr erhalten habe, fragte Pafedag alsbald, nachdem er Willi kometenmäßig zugetrunken und ihm „Leberköß“ an Erbschiet“ aus der Karte anempfohlen hatte.

Willi antwortete bejaugend, daß er Frau Kobaschek wohl angetroffen habe. „Auch äherte sie sich“, sagte er, „so unbedingt zufrieden, daß mir um sie nicht banale ist und ich Ihre Mitteilungen, Herr Pafedag, doch stark bezweifeln möchte.“

„Wie sie sich äußerte, liebes Kind, macht mir nicht irre“, entgegnete der Pantommist. „Die Frau bleibt eben Königinliche Schauspielerin, wenn sie's doch lange nicht mehr ist, zehnmal ihr Amt quittiert hat. Die wird kein uff de Nase binden, was ihr's Herz abdrückt an was sie quält un peinig, viel weniger, wer sie peinig. Frogartig ist die un erhaben, wie keine Zweite unter Duzenden, in Mutterweid, vor die sich's ziemt, den Hut zu ziehen.“

Willi sah erkaunt auf seinen Nachbar. So wurde dieser alte erbärmliche Geißel zum begehrtesten Geadwalter einer edlen Frau.

Er erzählte, wie Kobaschek kurz nach seiner Eheschließung schon wieder auf Abwege geraten sei und sich, trotzdem die Daniela seinem verlässlichen unehelichen Kinde eine echte Mutter aus freier Wahl geworden sei, mit dieser Irma Boresee, einer ausgemachten Theater-Weißkalle, in intime Beziehungen eingelassen habe. Diese beständen bis zur Stunde fest und ließen ihn jede Pflichterfüllung unmöglich machen. Er sei eben ein Ausbund von einem Frauen-

jäger und tannle in dieser Eigenschaft von Gemüß zu Gemüß auch in Wiesbaden solle er schon wieder eine neue Flamme, Madama Vidal, eine galante Französin, wohnen haben, zu der heimlich dann und wann hinüberjähre.

„Und weiß davon die Boresee?“ warf Willi flüchtig hin.

„In Bezug auf Nebenbuhlerchaft sollen doch die Balkanweiber ganz besonders heftig sein. Da mag Herr Kobaschek sich hüten.“

„Ja, wenn sie det wüßte —“ überlegte Pafedag.

21.

Nebeldüster, an Schwerenmütigkeit einander gleichend, schliche die Tage im Hause Kobaschek dahin.

Zwar fehlte es an äußerer Beweglichkeit im allgemeinen nicht. Besuche kamen da und gingen, die hohe Kunst der Tön immer anregend und belebend, gelangte insofern des Unterrichts den der Kapellmeister andauernd gab, nie eigentlich zum Stillstand, auch Daniela mußte, wann es irgend anging, fleißige denn je. Aber das Hauptmoment: die Freundschaft an allen Hand in Hand mit innerem Frieden, fehlte.

Verhältnismäßig selten haben sich die Gatten, geschah es aber dann unter möglicher Vermeidung gegenseitiger Ansprüche, bis wenn sie unumgänglich nötig war, von seiner Seite aus unangenehm erfolgte.

Wie seine Frau ihm seine Sünden damals vorführte, ist sein wahres, echtes Spiegelbild vor Augen hielt, das hatte eine tiefen Groll in Kobaschek nicht nur zeitig, sondern auch zurück gelassen. Er trug es ihr nach, gleich als wäre sie die Schuldbig und konnte sich dagegen doch der Stimme des Gewissens nicht erwehren, wenn sie ihm hebeitsvoll wie stets von Zeit zu Zeit entgegentrat.

Daniela war ihm eben wandelndes Gewissen, deshalb floer sie.

Fortsetzung folgt.



Berliner Buchbinderzeitung. Im März 1890 trat der Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steinbruchsdruckmaschinen ins Leben. ...

Ein Streik in der Berliner Textilindustrie. Der dieser Tage ausgebrochene Streik der Angestellten der Berliner Textilindustrie umfaßt über 2000 Personen. ...

Wirtschaftliches.

Lebensmittel für den Industriebezirk. Mit einem Dampfer der Rheins und Seefahrts-Gesellschaft Köln traf in Duisburg der erste Lebensmitteltransporter für den dortigen Industriebezirk ein. ...

Mitteilung des Saalbedarfes.

Bedarfe, welche dem Bedarf an Saalbedarf umgehend, spätestens bis zum 18. März 1919, unter Benützung der vom Landesverordnungsamt ausgegebenen Bordrue bei dem Gemeindevorsteher oder dem Gemeindegemeindegabier bei den Polizeistationen anzuzeigen.

Die haben dabei ihre Vaterlandsliebe und den ihr anvertrauten Saalbedarf anzuzeigen und gleichzeitig zu erklären, daß sie aus ihrem Wohnraum oder aus dem Saalbedarf einen Teil der eigenen Güter nicht decken können, haben den Bedarf umgehend, spätestens bis zum 18. März 1919, unter Benützung der vom Landesverordnungsamt ausgegebenen Bordrue bei dem Gemeindevorsteher oder dem Gemeindegemeindegabier bei den Polizeistationen anzuzeigen.

Bestimmungen auf 7. Der Vorstand des ...

Das Landesverordnungsamt. Die Neuwahl vom 12. Stadtrat ...

Das Landesverordnungsamt. Die Neuwahl vom 12. Stadtrat ...

Das Landesverordnungsamt. Die Neuwahl vom 12. Stadtrat ...

Herr Rabbiner Dr. Salomon Carlebach. Am Mittwoch, dem 12. März ist unser Ehrenverleihender Herr Rabbiner Dr. Salomon Carlebach verschieden.

ben bereits eine halbe Million Tonnen angeboten. Wenn die Kohlen nach Europa mit Dampfern gebracht werden, die zur Abholung amerikanischer Soldaten bestimmt sind, so würde die amerikanische Kohle im Preise der englischen Kohle beinahe gleichkommen.

Mus Nah und Fern.

Schreckensstat einer geisteskranken Mutter. In Rodenhof bei Bredowitz hat die geisteskranke Frau des Maschinenbauers Johann Schnapka ihre vier Kinder im Alter von 8 Jahren bis zu 2 Monaten erhängt und dann Selbstmord begangen.

Ein Bauernhof durch englische Deserteure überfallen. Vier als Zivilisten verkleidete Angehörige der englischen Besatzungsarmee, die vermutlich aus der ersten Division der britischen Armee stammten, überfielen einen Bauernhof in Westfalen einundringen. Der Besitzer setzte sich zur Wehr. Im Kampfe wurde ein Engländer getötet und ein zweiter schwer verwundet.

Nahrungsmittel als Grippeträger. Großbritannien leidet gegenwärtig wieder unter einer schweren Grippeepidemie, die zahlreiche Tote fordert. Der Berichterstatter darüber im englischen Unterhaus, Major Astor, erklärte in einer Rede, daß die Grippefälle viel zu zahlreich seien, als daß man sie alle in der Statistik erfassen könne.

Nahrungsmittel für Kinder. Hohefreut las ich den Bericht der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, daß Kinder im 5. und 6. Lebensjahre einige Nahrungsmittel erhalten, auch vom 10. bis 18. Monat - leider - nicht dacht schon Jahre. Meine Kinder sprangen vor Freude um mich herum, endlich einmal etwas abzubekommen. Die Freude war vergebens! Wäre es nicht möglich, daß die Schulkinder von 6-14 Jahren der unteren Zehntausend auch einmal etwas bekommen können? Denn es tut uns als Mutter weh, wenn man den Kindern in das abgekehrte Gesicht sieht. Es ist wirklich nötig, daß auch sie einmal berücksichtigt werden. Die reichen Leute können sich ja die teuren Bonbons usw. kaufen.

lichter gesehen werden. Da das Brot besonders viele Bakterien an seiner Oberfläche enthält, sollte man es zu Hause nach ein paar Minuten in den Ofen tun, um die Mikroben nach Mordlichkeit zu vernichten. Die Grippebazillen werden auch schon bei der Unterhaltung übertragen, denn die Übertragung erfolgt nach den neuesten Feststellungen beim Gespräch schon in einer Entfernung von 4 Fuß, bei Husten und Niesen in einer Entfernung von 10 Fuß.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo waren Sie? Mit einem Male sind jetzt an verschiedenen Stellen wieder Lichte zu haben. Bisher konnte man sie nur bei der Petroleumausgabe gegen Karten haben. Bei der geringen Menge des ausgetriebenen Petroleums waren bisher viele, besonders Arbeiterfamilien, deren Gas und Elektrizität nicht zur Verfügung standen gerätigt, im Dunkeln zu sitzen. Da wären ihnen deshalb einige Lichte von großem Wert gewesen. Wo hatten denn diese bisher Sie können doch nicht auf einmal alle neu produziert worden sein - Ebenso war bisher nur sehr selten und dann nach langem Kolonialischen Briemtabak zu kriegen. Jetzt ist auch diese Ware wieder an verschiedenen Stellen zu haben, beides allerdings gegen recht hohe Preise. Man fragt sich da, wo steckt denn bisher der Briemtabak?

Nahrungsmittel für Kinder. Hohefreut las ich den Bericht der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, daß Kinder im 5. und 6. Lebensjahre einige Nahrungsmittel erhalten, auch vom 10. bis 18. Monat - leider - nicht dacht schon Jahre. Meine Kinder sprangen vor Freude um mich herum, endlich einmal etwas abzubekommen. Die Freude war vergebens! Wäre es nicht möglich, daß die Schulkinder von 6-14 Jahren der unteren Zehntausend auch einmal etwas bekommen können? Denn es tut uns als Mutter weh, wenn man den Kindern in das abgekehrte Gesicht sieht. Es ist wirklich nötig, daß auch sie einmal berücksichtigt werden. Die reichen Leute können sich ja die teuren Bonbons usw. kaufen.

Lederhülle

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Verkauf am Sonnabend. Am Sonntag, dem 17. März 1919, um 10 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck. Nachruf.

Nachruf. Am Mittwoch, dem 12. d. Mts. starb nach kurzer Krankheit unser Ehrenmitglied

J. Schmidt (Maurer) im Alter von 77 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, d. 17. März, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Nordwerkhofes aus statt. Die Teilnehmer versammeln sich dafelbst.

Der Vorstand.

Für die vielen Kranzpenden und Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens unserer lieben Mutter sprechen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus.

Wilh. Reetz und Frau nebst Tochter Adolf Reetz und Frau nebst Kindern

Preis-Skat am Sonnabend, 15. März abends 8 Uhr.

Holsteinisches Haus, Marlesgrube 22. Preis-Skat am Sonnabend, d. 15. März abends 8 1/2 Uhr.

Hansakrug. Preis-Skat am Sonnabend, dem 15. März abends 8 Uhr.

Achtung! Schauerleute! Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, dem 15. März abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Danksagung. Für die herrliche Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes lassen wir allen insbesondere Herrn Pastor Roenneke für die tröstlichen Worte und dem Schwartauer Kriegerverein unsere herzlichsten Dank.

Joh. Schmidt. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Montag, den 17. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Nordwerkhof Friedhof statt.

Danksagung. Für die herrliche Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes lassen wir allen insbesondere Herrn Pastor Roenneke für die tröstlichen Worte und dem Schwartauer Kriegerverein unsere herzlichsten Dank.

Danksagung. Für die herrliche Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes lassen wir allen insbesondere Herrn Pastor Roenneke für die tröstlichen Worte und dem Schwartauer Kriegerverein unsere herzlichsten Dank.

Danksagung. Für die herrliche Teilnahme und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes lassen wir allen insbesondere Herrn Pastor Roenneke für die tröstlichen Worte und dem Schwartauer Kriegerverein unsere herzlichsten Dank.

U. S. P. Kriegsgemeinschaft Lübeck.

Oeffentliche Versammlung für Dienstag u. Donnerstag am Sonnabend, dem 15. März i. Lokale des Hrn. Siemers, Moising.

1. Die politische Lage. Referent: Paul Löwrick. 2. Bericht über den Kreis Ausdrücke für jedermann (10552) Der Einberufer.

Verband d. Lithographen u. Steindrucker u. verw. Berufe. Zahlstelle Lübeck.

Versammlung am Montag, dem 17. März abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Johannisstr. 50-52.

Kücknitz. W. Dieckmanns Gasthof. Sonnabend, den 15. März.

Luisenlust. Sonnabend, den 15. März. Gr. Abschieds-Ball verbunden mit Kappenschiff usw. Anfang 6 Uhr. (10551) Der Fest-Ausschuss d. e. III 426.

Beckerkrug. Neuer! Beckerkrug. Neuer! Beckerkrug 57, früher Kronprinzen. Humorist. Instrumental-Konzert-Trilo, Willy und Claire Budden, Otto Kempe. Täglich bis 12 Uhr nachts. (10518) Inhaber H. Müller.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52 Freitag, den 14. März 1919 abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: Was will der Spartakusbund? Gäste willkommen!